



EUROPEAN  
GREENPARTY

# TTIP

\*\*\*\*\*  
**BITTE  
STÖREN**

**EIN BLICK HINTER DIE  
VERSCHLOSSENEN  
TÜREN DER GEHEIMEN  
TTIP VERHANDLUNGEN > ZU  
VIELE GEFAHREN UND UNGLAUB-  
WÜRDIGE VERSPRECHEN**

**EUROPA VERÄNDERN,  
GRÜN WÄHLEN.**

POSITIONSPAPIER –  
“TTIP – ZU VIELE  
GEFAHREN UND  
UNGLAUBWÜRDIGE  
VERSPRECHEN”

BESCHLOSSEN AUF DEM  
GIPFEL DER EUROPÄISCHEN  
GRÜNEN PARTEI

FEBRUAR 2014

# WIE WIR LEBEN WOLLEN

TTIP – vier Buchstaben, die viel bedeuten. Ausgeschrieben meint es „Transatlantisches Handels und Investitionsabkommen“, ein Vertrag zwischen Europa und den USA.

Viele reden von einem Freihandelsabkommen. Doch es geht um weitaus mehr als die klassische Freihandelsagenda. Zahlreiche Themen, die bei TTIP verhandelt werden sollen, berühren zentral die Frage, wie wir leben wollen. Was oft sehr technisch klingt kann weitreichende Konsequenzen für unser alltägliches Leben haben.

TTIP wird hinter verschlossenen Türen verhandelt und hat hohes Potential, Kernelemente demokratischer Selbstbestimmung zu untergraben.

Dagegen kämpfen wir GRÜNE entschieden an. Wir wollen ein Europa, das

demokratisch ist und in welchem Europas BürgerInnen und deren Präferenzen der Ursprung unserer Politik und unserer Rechtssetzung sind.

Wir wollen einen fairen Handel, zivilgesellschaftliche Mitbestimmung, hohe Standards und Transparenz und nicht Privilegien für die Lobbyinteressen von Konzernen. Das haben die Delegierten der Europäischen Grünen Partei, mit ihrem einstimmigen Beschluss vom 22. Februar 2014 zum Ausdruck gebracht.

*Reinhard Bütikofer*

**REINHARD BÜTIKOFER**  
KO-VORSITZENDER EGP





Derzeit laufen Verhandlungen zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten über ein so genanntes Handelsabkommen, das - sollte es abgeschlossen werden - ein Vertrag von nie zuvor da gewesener Tragweite wäre. Sein offizieller Name lautet „Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft“ (TTIP). Dabei geht es um viel mehr als nur um Handel. TTIP in seiner jetzigen Form würde weitreichende und in vielerlei Hinsicht unumkehrbare Folgen für unser tägliches Leben haben, insbesondere was unsere Gesundheits-, Arbeits-, Produktsicherheits-, Umwelt- und Sozialstandards und die unsere Privatsphäre betreffenden Normen angeht. Durch das Abkommen könnte sich auch in grundlegender Weise verändern, wie wir demokratische Institutionen nutzen können, um Vorschriften in all diesen Bereichen zu erlassen, wodurch die Relevanz der Wahl und Forderungen der Bürger untergraben würde.

Nichtsdestotrotz wird die Öffentlichkeit von der Europäischen Kommission über die Dimension dieser Verhandlungen im Dunkeln gelassen, ebenso über die möglichen und sehr realen Gefahren für die Interessen und Freiheiten der Bürger.



# HANDEL SOLLTE UNSEREM PLANETEN VERBESSERUNGEN BRINGEN, UND NICHT VORTEILE FÜR GROSSUNTERNEHMEN

Bislang wurden alle Forderungen nach vollständiger Transparenz ignoriert. Lediglich Lobbyisten der Industrie erhalten privilegierten Zugang. Deshalb stellen die Europäischen Grünen die Rechtmäßigkeit und den Inhalt dieser Verhandlungen in Frage, auch wenn wir eine Ausweitung der transatlantischen Zusammenarbeit in Bereichen, die für beide Seiten von Vorteil sind, nachdrücklich befürworten, insbesondere in Bezug auf Maßnahmen gegen den Klimawandel, für den Umweltschutz und gegen Steuerbetrug und -hinterziehung. Die Europäische Kommission hatte ursprünglich vor, das Abkommen noch im Jahr 2014 abzuschließen. Auf US-amerikanischer Seite benötigt die Regierung eine Sonderermächtigung (Trade Promotion Authority), die eine simple Zustimmung oder Ablehnung im Kongress ermöglicht, was der Gesetzgeber dort bislang abgelehnt hat.

Deswegen und aus anderen Gründen ist der Plan der US-Regierung und der Europäischen Kommission, eine Einigung in einem Tempo zu erzielen, wie es bei Handelsverhandlungen sehr unüblich ist, völlig unrealistisch. Gleichzeitig führen die USA getrennte, aber ähnliche Verhandlungen mit einer Gruppe von Pazifikländern im Rahmen der Transpazifischen Partnerschaft durch.

## UNREALISTISCHE WIRTSCHAFTLICHE VERSPRECHEN

Ein Standardargument für Freihandelsabkommen lautet, dass durch den Abbau von Zöllen der Handel ausgeweitet werde. So erhalte man Zugang zu billigeren Importen, und die Vorteile für die Wirtschaft würden gegenüber den Nachteilen klar überwiegen. Die Zölle zwischen den USA und der EU sind jedoch bereits jetzt mit durchschnittlich 3 Prozent ziemlich niedrig. Die Beamten, die für das TTIP plädieren, setzen daher den Schwerpunkt ihrer positiven wirtschaftlichen Prognosen auf die „Beseitigung, Reduzierung oder Verhinderung“ unnötiger „Regelungen hinter den Grenzen“, der sogenannten nichttarifären Handelshemmnisse. Optimistische Studien gehen davon aus, dass TTIP eine Steigerung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) um 0,5 bis 1 Prozent bewirken könnte. Abgesehen davon, dass genau diese Denkweise Europa in die gegenwärtige

Krise geführt hat, sind solche Schätzungen unrealistisch hoch, und es wird auch verschwiegen, dass die Vorteile in ihrem ganzen Ausmaß voraussichtlich erst 2027 eintreten würden. Dies bedeutet, dass die kurzfristigen Vorteile wohl kaum die negativen Begleiterscheinungen des Abkommens (in den Bereichen Gesundheit, soziale Absicherung, Umwelt und Privatsphäre) ausgleichen können.



Nach einer Analyse der Verbraucherschutzorganisation „Public Citizen´s Global Trade Watch“ würden die Vorteile von TTIP jährlich weniger als 40 EUR pro Haushalt betragen. Dabei sind die Zusatzkosten infolge aufgeweichter Schutzgarantien in den Bereichen Gesundheit, Finanzen und Umwelt sowie bei anderen Regelungen von öffentlichem Interesse noch nicht einmal mit eingerechnet. Tom Jenkins vom Europäischen Gewerkschaftsbund hat sich ebenfalls skeptisch über die neuen Arbeitsplätze geäußert, die TTIP angeblich bringen soll: „Es ist nicht klar, wo die neuen Stellen entstehen sollen und welche EU-Länder letztendlich davon profitieren würden.“

Ein Teil des in Aussicht gestellten Wachstumspotenzials soll sich dadurch ergeben, dass die transatlantischen Partner gemeinsam vereinbarte Standards Dritten in der ganzen Welt auferlegen können. Eine Strategie,

wonach der Westen dem Rest der Welt die Bedingungen diktiert, ist nicht nur eine politisch sehr gewagte Abweichung von der Agenda des multilateralen Handels, wie sie von den Grünen befürwortet wird, sondern auch ihre wirtschaftlichen Konsequenzen ließen sich nur sehr schwer vorhersagen.

***Die Grünen fordern eine realistische Wirtschaftsanalyse einschließlich einer Folgenabschätzung für die Umwelt und die Menschenrechte in der ganzen Welt.***





# EIN ANGRIFF AUF DIE DEMOKRATIE

Die fehlende Transparenz, die die TTIP-Verhandlungen auszeichnet, verheißt nichts Gutes und verstößt außerdem gegen das Recht eines jeden Bürgers, zu wissen, was für ihn ausgehandelt wird.

Das Verhandlungsmandat, das der Rat der Europäischen Kommission erteilt hat, ist nach wie vor ein Geheimdokument. Selbst Mitglieder des Europäischen Parlaments, das bei den Handelsbeziehungen von Europa eine wichtige Rolle spielt, da es - wie beim Anti-Produktpiraterie-Handelsabkommen (ACTA) geschehen - ein Veto gegen Handelsvereinbarungen einlegen kann, erhalten nur begrenzten Einblick in die zu verhandelnden Texte.

Die Europäische Kommission behauptet zwar, dass die TTIP-Verhandlungen transparenter seien als bei früheren Handelsverhandlungen, doch die Mitglieder eines Beratungsgremiums,

dem unter anderem Vertreter der Zivilgesellschaft angehören, haben keinen Zugang zu den Verhandlungstexten.

Anstelle von Transparenz werden die Bürger mit Propaganda abgespeist, wonach jeder Haushalt durch eine Einkommenssteigerung in Höhe von 500 EUR von TTIP profitieren würde.

Wir befürchten, dass die geplante Konsultierung der Öffentlichkeit über die Investitionsschutzregelungen für Unternehmen lediglich eine Nebelkerze darstellt, um zu verhindern, dass diese Frage vor der Europawahl Ende Mai thematisiert wird.

Mit der Geheimhaltungspolitik untergräbt man demokratische Werte. Es kann nicht angehen, dass sowohl Bürger als auch Volksvertreter über sensible Verhandlungen in Bezug auf Regelungsfragen, die ihren Alltag in vielerlei Hinsicht betreffen, im Dunklen gelassen werden. Dies ist nichts anderes als eine Kungelei zwischen mächtigen Bürokraten und bestimmten Interessengruppen, die über ihre etwa 600 Lobbyisten einen privilegierten Zugang erhalten.

**Die Grünen bestehen auf vollständiger Transparenz - nicht mehr und nicht weniger.** Das Verhandlungsmandat und die Verhandlungstexte von jeder Verhandlungsrunde sollten veröffentlicht werden, damit in regelmäßigen Abständen eine transparente und öffentliche Debatte geführt werden kann. Schließlich geht es

um Normen und Regeln, die demokratisch beschlossen wurden.

Die Grünen sind strikt gegen die Aufnahme eines Mechanismus zur Streitbeilegung zwischen Investoren und Staaten (ISDS) in TTIP. Dieser Mechanismus würde es ausländischen Investoren ermöglichen, nationale Gerichte zu umgehen und Klagen direkt bei internationalen Schiedsgerichten einzureichen, die sich oftmals aus auf Handelsrecht spezialisierten Anwälten aus internationalen Kanzleien zusammensetzen. Warum soll man internationalen Investoren derartige Sonderrechte einräumen, wenn es gut entwickelte nationale Rechtssysteme gibt? Dahinter steht die Macht der Unternehmen. Sollte ein Schiedsgericht befinden, dass demokratisch beschlossene politische Maßnahmen die erwarteten Gewinne eines Investors schmälern, könnte dieses die Regierungen zu Schadensersatzzahlungen in Milliardenhöhe verurteilen. Dies hätte katastrophale Folgen für die demokratische Freiheit eines gewählten Parlaments, Gesetze zu Umwelt-, Gesundheits-, Finanz- und anderen Fragen zu beschließen.

Solche Schiedsgerichte gibt es bereits.

Sowohl das Handelsabkommen zwischen der EU und Kanada und das Freihandelsabkommen zwischen der EU und Singapur enthalten einen ISDS-Mechanismus. Neun EU-Mitgliedstaaten haben so etwas auch in bilateralen Handelsabkommen mit den USA vereinbart. Durch die Aufnahme des ISDS-Mechanismus in TTIP würde das ganze Konzept jedoch noch größere Bedeutung gewinnen. Und wohl nicht nur auf dem Papier. So wurde vor einem Schiedsgericht Beschwerde gegen die Energiewendepolitik Deutschlands eingereicht und Schadensersatzforderungen in Höhe von 3,7 Mrd. EUR gestellt, die vom Steuerzahler zu entrichten wären. Die Tabakindustrie hat Klage gegen Australien und andere Länder wegen ihrer Gesundheitsvorschriften erhoben. Ein US-Erdölunternehmen hat Kanada wegen eines Fracking-Moratoriums verklagt und Forderungen in Höhe von 250 Mio. US-Dollar gestellt. Andere Länder wurden wegen der Einführung eines Mindestlohns verklagt. Die abschreckende Wirkung auf den Gesetzgeber ist offensichtlich. Man stelle sich nur vor: 3 300 Unternehmen aus der EU mit ihren 24 000 Tochterfirmen in den USA



# KEINE INVESTOR-STAATS- KLAGE-PRIVILEGIEN



könnten mittels des ISDS-Mechanismus dem US-Gesetzgeber drohen und ihn verklagen, und gleichzeitig könnten 50 800 Tochterfirmen von 14 400 US-Firmen in Europa dasselbe mit der EU, EU-Mitgliedstaaten oder gar mit regionalen Gesetzgebern tun.

## **Die Botschaft der Grünen ist klar: keine Investor-Staats-Klage-Privilegien**

Die Aushöhlung der demokratischen gesetzgeberischen Befugnisse bei der Regulierung einer Vielzahl von Wirtschaftszweigen könnte man nach den Vorstellungen von EU-Handelskommissar De Gucht in TTIP noch weiter auf die Spitze treiben: nämlich durch die Einrichtung eines Regelungskoooperationsrates zwischen den USA und der EU. Die Idee, die dahinter steckt, ist simpel. Bevor ein neues Gesetz entworfen wird, das zum Beispiel die Umwelt, den Verbraucherschutz, Arbeitnehmerrechte, landwirtschaftliche Belange oder andere

Fragen betrifft, bekäme ein bilaterales Gremium aus Vertretern staatlicher Stellen und von Unternehmen in den USA und der EU zunächst die Möglichkeit, solch ein Gesetz auf eventuelle Konsequenzen für bestehende Wirtschaftsinteressen hin abzuklopfen. Dadurch würde man es Unternehmenslobbyisten erlauben, sich bei der Verwässerung oder Verhinderung von Gesetzesinitiativen abzustimmen, bevor diese überhaupt auf den Weg gebracht werden. Die Gesetzgeber müssten dann ihre Absichten vor dem hohen Gericht der transatlantischen Wirtschaftskreise rechtfertigen. In der Praxis würde dies bedeuten, dass ein bürokratisch-industrieller Komplex an die Stelle demokratischer Willensbildung treten würde. Solch ein elementarer Angriff auf die Demokratie kommt für die Grünen nicht in Frage.

**Die Grünen lehnen Vorschläge ab, mit denen die Macht von Lobbygruppen aus der Wirtschaft vergrößert würde.**

## DIE AUFWEICHUNG VON STANDARDS IST INAKZEPTABEL

Stuart Eizenstat vom Transatlantic Business Council (TABC) hat offene Ziele für die TTIP-Verhandlungen formuliert, die jeden europäischen und US-amerikanischen Verbraucherschützer gegen dieses Lobbybündnis aufbringen sollte: „Die Standards in Europa sind auf einem anderen Niveau, und ich finde, dass das Niveau der EU-Standards unangemessen hoch ist und einer wissenschaftlichen Grundlage entbehrt. (...) Was für eine amerikanische Familie gutes Essen ist, sollte das auch für eine europäische Familie sein.“ Mehrere Wirtschaftsverbände haben ausdrücklich

ihre Absicht bekundet, mit Hilfe von TTIP das Vorsorgeprinzip, von dem sich die EU-Umweltgesetzgebung leiten lässt, zu umgehen. Lobbyisten fast aller Branchen stellen maßgeschneiderte Forderungen, um von der Verhandlung von wirtschaftsfreundlicheren transatlantischen Standards zu profitieren. Chemieunternehmen wollen die REACH-Verordnung verwässern, eine bahnbrechende EU-Regelung für die Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung von Chemikalien. Branchenverbände wollen durch TTIP Bestimmungen zum Einsatz von Pestiziden oder regionale Fracking-Vorschriften aushebeln. Andere Lobbyvertreter versuchen, ACTA durch die Hintertür wieder einzuführen. Die Hersteller von Körperpflegeprodukten wollen Kontrollen bei ihren Erzeugnissen abschaffen. Die US-Agrarindustrie verfolgt eine besonders aggressive Strategie, um ihr seit langem verfolgtes Ziel endlich zu erreichen: die Umgehung der EU-Verbraucherschutzstandards bei Genetisch



Veränderten Organismen (GVO) sowie Rind-, Schweine- und Hühnerfleisch aus den USA. Auf der anderen Seite gibt es auch Beispiele für europäische Wirtschaftsinteressen, die mittels von TTIP nach einer Abschaffung höherer US-Standards für Finanzdienstleistungen streben. So wollen Finanzinstitute aus der EU die durch das US-Bundesgesetz „Dodd-Franks-Act“ geschaffenen Standards aufweichen. Die Europäische Kommission hat immer wieder beteuert, dass sie keine Verhandlungen über die Senkung von EU-Standards führen werde. Mit der „gegenseitigen Anerkennung“ unterschiedlicher Qualitätsstandards und anderen Strategien kann aber das gleiche Ziel erreicht werden, ohne dass es überhaupt zu einer formalen Änderung von EU-Rechtsvorschriften kommen muss. Transnationale Unternehmen könnten auf der Grundlage der „gegenseitigen Anerkennung“ jeweils ihre Tochterfirmen auf der anderen Seite des Atlantiks einsetzen, um einen Vorteil aus regulatorischen Unterschieden zu ziehen.



Dadurch könnte man das Recht auf Regulierung in der Praxis aushöhlen. Es gibt durchaus Standards, die vereinheitlicht werden könnten. So kämen zum Beispiel gemeinsame Standards für mobile Elektronikgeräte dieser Branche zugute. Eine Einigung, was zumindest einige dieser technischen Standards angeht, könnte auch in einem anderen internationalen Rahmen erzielt werden. Der Schutz des Rechts und der Zuständigkeit, Standards gemäß einer demokratisch legitimierten Entscheidung der Öffentlichkeit festzulegen, bedeutet aber, dass eine „Gleichwertigkeit“ nur für Standards mit demselben Schutzniveau gelten darf.

Was Standards angeht, so sollte darauf hingewiesen werden, was nicht Gegenstand von TTIP ist: Die Förderung von Technologien, mit denen eine Wende hin zu nachhaltigen Volkswirtschaften mit niedrigem CO<sub>2</sub>-Emissionen erreicht werden soll, ist kein ausdrückliches Ziel, ebenso wenig die Senkung oder das Auslaufen umweltschädlicher Subventionen für fossile Brennstoffe. Eine Einigung auf unterschiedliche Handelsregeln für die Herstellung von Erzeugnissen mit unterschiedlichem Einsatz von CO<sub>2</sub>-Emissionen oder einem

unterschiedlichen arbeitsrechtlichen Schutzniveau wird zum Beispiel bei den Verhandlungen überhaupt nicht angesprochen. TTIP könnte auch der Energiewende im Wege stehen, da der Abbau nichttarifärer Hemmnisse zum Beispiel Normen für Ökodesign ausschließen könnte.

Die Grünen warnen eindringlich vor faulen Kompromissen, bei denen die Landwirte und Verbraucher in der EU die Leidtragenden wären. Das Vorsorgeprinzip steht nicht zur Disposition. Wir fordern die Europäische Kommission auf, die strengeren EU-Vorschriften, zum Beispiel in Bezug auf Viehzucht, die Genehmigung und den Anbau von GVO, die Kennzeichnung von geklontem Fleisch und die Herkunftskennzeichnung von Lebensmitteln, zu verteidigen. Wir fordern, dass die Europäische Kommission Fracking- und Schiefergasprojekte verbietet, damit die Umweltschutzstandards in der EU aufrechterhalten werden. Konträre Rechtsvorschriften zu Patenten auf Leben und dem freien Austausch von Saatgut und Tieren können nicht einfach ignoriert werden, und auch die Rechte von Landwirten in Bezug auf geistiges

Eigentum müssen geschützt werden. Sechs der acht von der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) aufgestellten arbeitsrechtlichen Grundnormen sind von den USA nicht ratifiziert worden, darunter das Übereinkommen über Vereinigungsfreiheit und das Recht zu Kollektivverhandlungen. In der TTIP-Agenda gibt es keine Anzeichen dafür, daran etwas ändern zu wollen. Die Grünen wollen mit Gewerkschaften zusammenarbeiten, nicht nur um arbeitsrechtliche Standards zu verteidigen, sondern um sie zu verbessern. Die Grünen werden eine Aufweichung europäischer Standards für Dienstleistungen von öffentlichem Interesse ebenfalls ablehnen. So kommen etwa die Privatisierung der Wasserwirtschaft durch die Hintertür oder die Beschränkung der öffentlichen Auftragsvergabe gemäß ökologischer oder sozialer Kriterien für uns nicht in Frage. Auch dürfen Regelungen zugunsten von kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU) auf beiden Seiten des Atlantiks durch TTIP nicht gefährdet werden.

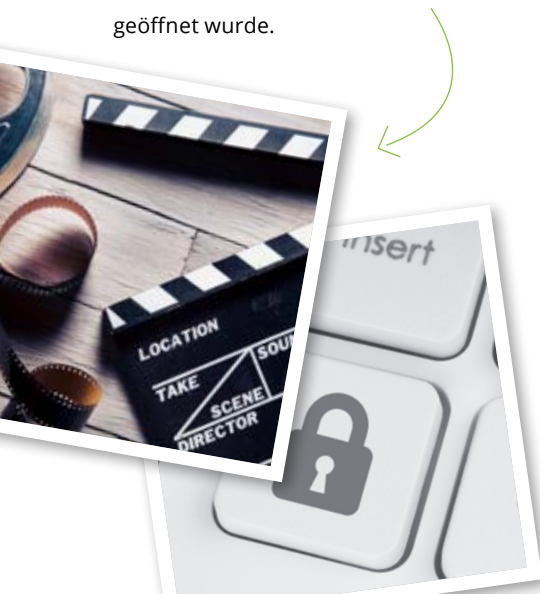
***Die Grünen lehnen jede Senkung von Schutzstandards für die Bereiche Umwelt, Verbraucher, Landwirtschaft, Lebensmittel, Gesundheit, Arbeit, Kultur und Daten im Rahmen von TTIP ab.***





## DIE BEWAHRUNG UNSERER „KULTURELLEN AUSNAHME“

Da die audiovisuelle Industrie sich durch den Schutz der Ausnahmeregelung im Kulturbereich zu einem Grundpfeiler der europäischen Identität entwickelt hat, muss dieser Schutz beibehalten werden. Ein Ende der Ausnahmeregelung im Kulturbereich könnte die Filmindustrie gefährden, wenn man bedenkt, dass die Vielfalt und die Produktion der südkoreanischen Filmindustrie in den vergangenen Jahren zurückgegangen sind, nachdem der heimische Markt für Investoren aus Hollywood vollständig geöffnet wurde.



## DIE FESTLEGUNG UND UMSETZUNG TRANSATLANTISCHER DATENSCHUTZNORMEN

Die EU und die USA sollten gemeinsame Standards der Privatsphäre von Daten aushandeln, dies aber nicht im Rahmen der TTIP-Verhandlungen tun, wie es auch der Transatlantische Verbraucherdiallog vorgeschlagen hat. Wir wünschen uns den Abschluss einer Datenschutzrahmenvereinbarung vor der Annahme eines Handelsabkommens. Wie die Enthüllungen von Edward Snowden über die Aktivitäten der NSA nur allzu deutlich gemacht haben, bedarf es einer breiten und öffentlichen Debatte über internationale und nationale Datenschutzstandards. Der Datenschutz stellt ein Grundrecht dar. Darüber hinaus darf der Datenschutz nicht als nichttarifäres Handelshemmnis angesehen werden, was auch im Allgemeinen Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (GATS) der WTO festgehalten wurde.

# WIRD DER HANDELS- MULTILATERALISMUS ÜBER BORD GEKIPPT?

TTIP muss in einem größeren Kontext betrachtet werden, da sich das Abkommen auch auf europäische Länder, die nicht der EU angehören, auswirken könnte, mit denen die EU in der Vergangenheit bilaterale Verträge geschlossen hat. Die Grünen traten schon immer für multilaterale Handelsverhandlungen im Rahmen einer WTO mit größerer demokratischer Rechenschaftspflicht ein, um zu fairen internationalen Handelsbeziehungen zu gelangen. Auch muss die globale Perspektive einschließlich der Transpazifischen Partnerschaft (TPP) berücksichtigt werden. Die TPP umfasst Länder, die über 40 Prozent des BIP der gesamten Welt ausmachen. Zusammen würden die TPP und TTIP über 60 Prozent des weltweiten BIP auf sich vereinen. China und andere wichtige Volkswirtschaften sind von beiden Abkommen ausgeschlossen, was sich negativ auf deren Beziehungen zu

EU-Staaten auswirken könnte.

Nun, da vor kurzem erst die Verhandlungen über das Handelsabkommen zwischen der EU und Kanada (CETA) abgeschlossen wurden, würde TTIP den Druck auf den Abschluss weitreichender bilateraler Handelsabkommen weltweit erhöhen, wobei die EU seit 2005 ein treibende Kraft gewesen ist, was den Multilateralismus im Handel unterminieren würde. In ähnlicher Weise versuchen die USA dem Multilateralismus immer dann





auszuweichen, wenn sie ihre Interessen bedroht sehen, und möchten nun mit der EU einen exklusiven Verein bilden. Wir sind der Ansicht, dass dies die Stellung der EU in der Welt mittelfristig gefährden könnte. Durch die Schaffung der größten Freihandelszone der Welt mit einer wirtschaftlichen Integration durch regulatorische Angleichung auf einem völlig neuen Niveau könnte TTIP dazu führen, dass sich die Festlegung von Regeln in globalem Rahmen grundlegend ändert. Dadurch würde die Welthandelsorganisation weiter an Bedeutung verlieren, und eine Strategie, bei der der Westen gegen den Rest der Welt auftritt, würde schwächere und ärmere Länder zwingen, Handel nach Regeln zu betreiben, die sie überhaupt nicht beeinflussen können. Darüber hinaus könnte dies die Bildung rivalisierender Wirtschaftsblöcke zur Folge haben, was eine Bedrohung für

die globale Zusammenarbeit wäre und Initiativen zur Reformierung des Welthandelssystems schwächen würde, die notwendig wären, um für gemeinsame globale Herausforderungen, insbesondere den Klimawandel und ökologische Risiken, besser gewappnet zu sein.

## EIN ANDERES TRANSATLANTISCHES BÜNDNIS

Die Koalition, die auf die TTIP drängt, ist sehr mächtig. Sie ist aber bei weitem nicht unbezwingbar. Auch ACTA wurde zu Fall gebracht. Gegen die Transpazifische Partnerschaft regt sich bereits großer Widerstand. Wir Grünen werden uns dafür einsetzen, eine breite Koalition gegen die TTIP-Agenda zusammen mit zivilgesellschaftlichen Organisationen aus allen Bereichen, mit Gewerkschaften und insbesondere mit Verbraucherschutzorganisationen und Verteidigern der Demokratie zu bilden. Unsere Hauptforderungen sind Transparenz, die Bewahrung der Demokratie und die Beibehaltung von Standards, bei denen es sich nicht um Handelshemmnisse handelt, sondern um das Ergebnis einer

ausdrücklichen legislativen Entscheidung zum Schutz der Interessen der Bürger und des Gemeinwohls.

Wir werden diese Fragen im Europawahlkampf mit einem klaren Ziel thematisieren: **die Verhinderung der derzeitigen TTIP-Agenda.**

Unsere Koalition sollte auch auf der anderen Seite des Atlantiks nach Bündnispartnern umschauchen. Im Juni vergangenen Jahres sind die Grünen bereits auf Handelsexperten von nichtstaatlichen Organisationen und Gewerkschaften in den USA zugegangen und haben sie nach Berlin, Brüssel und Paris eingeladen, damit beide Seiten voneinander lernen können. Der Transatlantische Verbraucherdiallog ist ebenso wie andere Netzwerke der Zivilgesellschaft ein sinnvolles Forum für eine derartige Zusammenarbeit. Wir können uns mit Verbraucherschützern in

den USA zusammenschließen, denen es gelungen ist, die Finanzdienstleistungen aus der TTIP-Agenda bislang größtenteils herauszuhalten, da sie nicht wollen, dass ihre Finanzmarktregulierung dadurch untergraben wird. Erst vor kurzem haben nahezu 200 Gruppen aus den USA und der EU gegen den ISDS-Mechanismus protestiert.

Wir müssen auch Beziehungen mit der US-Versammlung der Parlamente der Bundesstaaten (US Assembly of State Legislators) knüpfen, die sich gegen den ISDS ausgesprochen hat. Wir müssen uns mit den Mitgliedern des US-Kongresses zusammensetzen, die öffentlich dagegen protestiert haben, dass der US-Vertreter in den Handelsverhandlungen Druck ausübt, um die Richtlinie über die Qualität von Kraftstoffen abzuschwächen, und die ihm in einem Schreiben mitgeteilt haben, dass sein Protegieren von Ölsand „den Grundsätzen des Klimaaktionsplans der

Regierung von Obama zuwiderlaufen und ein kurzsichtiges Verhalten in Bezug auf die Wirtschaftsinteressen der Vereinigten Staaten widerspiegeln würde“.

Im Kongress regt sich bei beiden politischen Parteien großer Widerstand dagegen, der Regierung von Präsident Obama eine Sonderermächtigung in Form der „Trade Promotion Authority“ zu gewähren, ohne die eine Einigung nicht erzielt werden kann. Dies bedeutet, dass TTIP noch lange nicht beschlossene Sache ist. Erfahrene Teilnehmer an Handelsverhandlungen stellen die Machbarkeit der weitreichenden TTIP-Agenda infrage. Der gedrängte Zeitplan, der von Politikern festgelegt wurde, ohne dass dabei die Erfahrungen von Unterhändlern in Handelsverhandlungen berücksichtigt wurden, erweist sich nun als unrealistisch, was er von Anfang an gewesen ist. Wie kann etwas, das mit so vielen

# DIES BEDEUTET, DASS TTIP NOCH LANGE NICHT BESCHLOSSENE SACHE IST

Konsequenzen verbunden ist, in einer derart kurzen Zeit verhandelt werden? Die TTIP-Agenda, wie sie von der Europäischen Kommission befürwortet wird, ist nicht das transatlantische Bündnis, das die Grünen im Sinn haben. Wir wollen kein transatlantisches Bündnis, das sich unweigerlich negativ auf grüne Standards in der EU auswirken würde. Wir treten für eine transatlantische Zusammenarbeit ein, die ein integraler Bestandteil der weltweiten multilateralen Kooperation ist, die sich für einen globalen „grünen New Deal“ einsetzt und bei der die Kräfte gebündelt werden für eine nachhaltige Wirtschaft mit niedrigem CO<sub>2</sub>-Ausstoß, für soziale Gerechtigkeit, für die Bewältigung des Klimawandels und gegen exzessiven Rohstoffverbrauch. Eine Harmonisierung transatlantischer Standards nach oben wäre zweifelsohne in dieser Hinsicht sehr förderlich. Die Unterstützung des

Alternativen Handelsmandats könnte eine vielversprechende gemeinsame Strategie sein. Eine Zusammenarbeit beim Abbau von Subventionen für fossile Brennstoffe wäre vortrefflich. Aber die TTIP-Agenda weist nicht in diese Richtung; sie birgt zu viele Gefahren und Risiken und ist daher inakzeptabel.

***Daher lehnen wir Grünen die derzeitige TTIP-Agenda ab. Wir haben es in unserem gemeinsamen Manifesto deutlich gemacht: „Wir werden gegen jegliches Handelsabkommen mobilisieren, das diese Prinzipien nicht achtet und lehnen daher TTIP in der derzeitigen Form ab.“***



EUROPEAN  
GREENPARTY

**EINE PUBLIKATION DER EUROPÄISCHEN GRÜNEN PARTEI**

European Green Party - aisbl

Rue Wiertz 31, 1050 Brüssel, Belgien



facebook.com/europeangreens



@europeangreens



[www.europeangreens.eu](http://www.europeangreens.eu)

MEHR  
ERFAHREN:

